

13.06.2018

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 13.06.2018
Ltg.-203/V-6/8-2018
— Ausschuss

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mold, Hundsmüller und Königsberger

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2019, Ltg.-
203/V-6-2018

betreffend finanzielle Entlastung der Freiwilligen Feuerwehren

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wesentlicher Garant für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Bundesland. In Niederösterreich sind ca. 98.000 Mitglieder Tag und Nacht freiwillig und unentgeltlich für unsere Bürgerinnen und Bürger im Einsatz.

Die fortschreitende technische Entwicklung aber auch die Zunahme der Häufigkeit von Naturereignissen, wie beispielsweise die Starkregenereignisse der letzten Woche, erfordern eine diesen Herausforderungen angepasste Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren. Diese trägt auch wesentlich zum Schutz der Feuermmitglieder bei ihren gefährlichen Einsätzen bei. Die Kosten für eine adäquate Ausrüstung sind jedoch entsprechend hoch.

Aufgrund der steigenden finanziellen Belastungen wird es für die Gemeinden immer schwieriger die entsprechenden Finanzmittel aufzubringen. Auch die Freiwilligen Feuerwehren selbst müssen daher einen großen Anteil an Eigenleistungen beisteuern, den sie durch Einnahmen aus gesellschaftlichen Aktivitäten und Spenden bestreiten.

Hinzu kommt, dass, obwohl die Hilfeleistungen im öffentlichen Interesse erbracht werden, bei der Beschaffung der notwendigen Ausrüstung Umsatzsteuer zu leisten ist.

Der NÖ Landtag hat deshalb schon mehrmals, zuletzt im Juni 2017, die Bundesregierung aufgefordert, bei der Beschaffung von gesetzlich vorgeschriebenen Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen den Anteil der Umsatzsteuer etwa durch einen Zuschuss auszugleichen.

Um diese Problematik im Bundesland Niederösterreich vorläufig zu entschärfen und den Freiwilligen Feuerwehren endlich entsprechende Wertschätzung zukommen zu lassen wurde im Juni 2017 auf Initiative von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zwischen dem Land Niederösterreich und den Niederösterreichischen Gemeinden vereinbart, die Freiwilligen Feuerwehren in Höhe der geleisteten Umsatzsteuer für gesetzlich vorgeschriebene Fahrzeuge zu unterstützen. Das Land Niederösterreich und die Niederösterreichischen Gemeinden unterstützen dadurch die Freiwilligen Feuerwehren mit jährlich rund 4 Millionen Euro zusätzlich. Trotzdem bleibt diese Zwischenlösung unbefriedigend, da nur eine bundeseinheitliche Regelung eine nachhaltige Klärung dieser Frage bieten kann.

Es ist daher dringend notwendig, im Sinne aller Freiwilligen Feuerwehren, eine bundesweite Lösung zu schaffen, die sowohl die Gemeinden als auch die Freiwilligen Feuerwehren spürbar entlastet.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im Sinne der Antragsbegründung, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, rasch Maßnahmen zu setzen, die bundesweit für Freiwillige Feuerwehren einen Ersatz der bei der Anschaffung gesetzlich vorgeschriebener Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände geleisteten Umsatzsteuer sicherstellen und auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die umsatzsteuerrechtlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass eine Befreiung der Freiwilligen Feuerwehren von der Mehrwertsteuer auf nationaler Ebene ermöglicht wird.“